

OMER
BARTOV

GENOZID,
HOLOCAUST

und

ISRAEL

PALÄSTINA

GESCHICHTE

im

SELBSTZEUGNIS

SUHRKAMP VERLAG
JUDISCHER VERLAG



Omer Bartov

GENOZID,
HOLOCAUST
und
ISRAEL
-
PALÄSTINA

Geschichte im Selbstzeugnis

Aus dem Englischen von
Anselm Bühling

SUHRKAMP VERLAG
JÜDISCHER VERLAG

Die Originalausgabe erschien 2023 unter dem Titel
Genocide, the Holocaust, and Israel-Palestine.
First-Person History in Times of Crisis bei
Bloomsbury Academic in London, New York,
Oxford, New Delhi, Sydney.

Die Arbeit des Übersetzers am vorliegenden Buch
wurde durch ein Arbeitsstipendium des
Deutschen Übersetzerfonds gefördert.

Erste Auflage 2025
Deutsche Erstausgabe
© der deutschsprachigen Ausgabe
Jüdischer Verlag GmbH, Berlin, 2025
Alle Rechte vorbehalten. Wir behalten uns auch eine Nutzung des
Werks für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG vor.
Umschlaggestaltung: Rothfos & Gabler, Hamburg
Umschlagabbildung: Marko Serbia/Stocksy
Satz: Dörlemann Satz, Lemförde
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany
ISBN 978-3-633-54335-9

Jüdischer Verlag GmbH
Torstraße 44, 10119 Berlin
info@suhrkamp.de
www.suhrkamp.de

GENOZID,
HOLOCAUST
und
ISRAEL
PALÄSTINA

Inhalt

Vorwort zur deutschen Ausgabe	9
Einleitung	19
I Über die Gräuel schreiben	35
II Lokalgeschichte	107
III Justiz und Erinnerung	179
IV Geschichte im Selbstzeugnis	257
V Wenn die Erinnerung kommt	311
Anhang	425
Ausführliches Inhaltsverzeichnis	519

Vorwort zur deutschen Ausgabe

Da die englische Originalausgabe dieses Buchs zwei Monate vor dem Angriff der Hamas auf Israel erschienen ist, möchte ich in diesem Vorwort auf die aktuelle Entwicklung und einige Ursachen und Auswirkungen des Geschehens eingehen.

Der Angriff am 7. Oktober 2023 war für die israelische Gesellschaft ein immenser Schock, von dem sie sich bis jetzt nicht erholt hat. Erstmals seit 1948 verlor Israel viele Stunden lang die Kontrolle über einen Teil seines Territoriums. Die israelischen Streitkräfte (IDF, Israeli Defense Forces) konnten nicht verhindern, dass fast tausend Zivilisten – oft auf denkbar grausamste Art – massakriert, mehrere hundert Soldaten getötet und gut 250 Menschen, darunter zahlreiche Kinder, als Geiseln genommen wurden. Das Gefühl, vom Staat im Stich gelassen worden zu sein, und der nachhaltige Verlust des Sicherheitsgefühls sitzen tief. Zehntausende israelische Bürger mussten ihr Zuhause in der Nähe des Gazastreifens oder der libanesischen Grenze verlassen.

Nicht weniger schockierend war Israels Antwort auf das Massaker. Bis heute sind über 40 000 Menschen im Gazastreifen getötet worden, überwiegend Zivilisten, davon mehr als die Hälfte im Kindesalter. Zudem haben die IDF systematisch Wohnungen, Krankenhäuser, Universitäten, Schulen, Museen, Gebetsstätten und Infrastruktur des Gazastreifens zerstört und die mehr als zwei Millionen Menschen, die dort wohnen, wiederholt vertrieben. Dies hat zu einer großen humanitären Katastrophe geführt. Auch zwischen Israel und der im Libanon ansässigen schiitischen Hisbollah-Miliz haben diese Ereignisse eine Gewalteskalation in Gang gesetzt, deren Folgen im gegenwärtigen Augenblick nicht absehbar sind. Nachdem der israelische Premier Benjamin Netanjahu am Ziel eines »absoluten Sieges« im Gazastreifen festhält,

deutet alles darauf hin, dass der Krieg auf absehbare Zukunft fort dauern und die ganze Region womöglich in ein noch größeres Chaos stürzen wird.

In Deutschland hat dieser Konflikt im Laufe des vergangenen Jahres intensive Diskussionen ausgelöst. Viele der dort verbreiteten impliziten Vorannahmen über Israel, den Zionismus und die Palästinenser sind dabei noch einmal kritisch beleuchtet worden. Zeitweise schien es in der deutschen Debatte mehr um deutsche Empfindlichkeiten und Wahrnehmungen zu gehen als um die Ereignisse im Nahen Osten. Oft war die Sorge zu spüren, Kritik am Vorgehen Israels könne die Geister der nationalsozialistischen Vergangenheit wachrufen. Dies erklärt zu einem großen Teil, warum Meinungen, die sich gegen Israel oder den Zionismus richteten, oder auch einfach nur scharfe Kritik an konkreten Methoden und Handlungsweisen übten, von so vielen Angehörigen der intellektuellen, wissenschaftlichen und politischen Elite immer wieder als antisemitisch dargestellt wurden – insbesondere, wenn solche Äußerungen von Angehörigen arabischer und muslimischer Zuwanderergruppen in Deutschland kamen.

Die deutsche Debatte zu Israel hat somit einige drängende Fragen aufgeworfen, die darauf zielen, genauer zu prüfen, ob und inwieweit die in den Jahrzehnten der Holocaust-»Bewältigung« entwickelte deutsche Innen- und Außenpolitik revidiert werden muss. Hat beispielsweise das Insistieren darauf, dass die neuen Migranten sich die deutsche Verantwortung für vergangenes Unrecht gegen die Juden zu eigen machen, die gesellschaftlichen Integrationsanstrengungen erschwert? Und hat die Position von Ex-Bundeskanzlerin Merkel, die die vorbehaltlose Unterstützung des Staates Israel zur deutschen Staatsräson erklärte, das Land womöglich davon abgehalten, seine Verpflichtung zur Durchsetzung des

humanitären Völkerrechts zu erfüllen, das nach der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust eingeführt wurde?

Auf diese komplexen Fragen kann ich hier natürlich keine Antwort geben. Ich spreche sie nur an, um deutlich zu machen, dass das vorliegende Buch für das deutsche Publikum seit dem Erscheinen der Originalausgabe vor über einem Jahr womöglich noch an Relevanz gewonnen hat. Es stellt den polemischen Auseinandersetzungen über die gegenwärtige Krise, die oft genug von mangelnder Kenntnis zeugen, vertieftes historisches Hintergrundwissen zur Seite. In diesem Zusammenhang sollte ich allerdings erwähnen, dass auch ich mich veranlasst gesehen habe, den Fortgang der Katastrophe in Israel und Gaza genau zu verfolgen und zu kommentieren. Als ich mein Geburtsland im Juni 2024 besuchte, war ich ebenso bestürzt über die anhaltende Traumatisierung unter den jüdischen Israelis wie über ihre außergewöhnliche Gleichgültigkeit angesichts der Zehntausenden palästinensischen Zivilisten, die von den IDF getötet worden waren. Beide Haltungen lassen sich, wie dieses Buch zeigt, bis zum Krieg von 1948 und der Nakba – der Vertreibung von 750 000 Palästinensern aus dem Gebiet des heutigen Staates Israel – zurückverfolgen. Trotzdem übertrafen die Tiefe und das Ausmaß des kollektiven jüdischen Schmerzes und der bewussten und offenkundigen Leugnung palästinensischen Leids alles, was ich bis dahin erlebt hatte. Diese Erfahrung war zutiefst verstörend.

Damit soll jedoch keineswegs die Verantwortung der Hamas-Führung für das Leid der Menschen in Gaza und das Massaker vom 7. Oktober kleingeredet werden. Die Hamas ist eine gewalttätige Terrororganisation, deren Ziel – jedenfalls so, wie es in der Charta von 1988 formuliert ist – darin besteht, den Staat Israel durch einen fundamentalistischen

islamischen Staat zu ersetzen. In dieser Idee lassen sich gewisse Entsprechungen zwischen der Hamas-Ideologie und den Zielen der nationalreligiösen Führung in Israel erkennen, die einen halachischen (theokratischen) Staat vom Jordan bis zum Mittelmeer etablieren möchte. Hinzu kommt, dass die Hamas als Organisation und die breite Unterstützung, die sie erlangt hat, unleugbar das Ergebnis der jahrzehntelangen Besetzung durch Israel sind. Wenn man Millionen Menschen in einen schmalen, verarmten Landstreifen sperrt, wie in Gaza, oder weitere Millionen unter einer brutalen und ausbeuterischen Okkupation leben lässt wie im Westjordanland, ist zwangsläufig damit zu rechnen, dass sie Widerstand leisten werden. Die Erfahrung vergangener Kolonialregime hat uns gelehrt, dass Unterdrückung und dehumanisierende Herrschaft gewalttätige und erbarmungslose Gegenwehr hervorbringt und legitimiert. Beim gegenwärtigen Konflikt gibt es keine symmetrischen Machtverhältnisse und wenig Grund, Frieden zu erwarten. Solange Besatzung und Unterdrückung fort dauern, muss Widerstand legitim sein, und völkerrechtlich gesehen ist er es auch, selbst wenn einige seiner Formen unrechtmäßig oder kriminell sind.¹

Gerade in der Zeit vor dem 7. Oktober hatten sich die Anzeichen dafür gemehrt, dass Israels arabische Nachbarn die Beziehungen zu dem jüdischen Staat dringend normalisieren wollten. Saudi-Arabien und die Golfstaaten schienen nur allzu bereit, dem Beispiel Jordaniens und Ägyptens zu folgen und Friedensverträge mit Israel abzuschließen – sowohl wegen der Bedrohung durch den Iran als auch, weil sie sich von den USA (und Israel) Unterstützung bei der internen Entwicklung ihrer Länder erhofften, denn sie waren sich der potenziellen Gefährdung ihrer autoritären Herrschaft durch Unzufriedenheit im Inneren nur allzu bewusst. Eine solche Neuordnung der Region lag auch sehr im Interesse Israels.

Um sie zu erreichen, hätte jedoch zunächst das Palästinen-serproblem durch politische und territoriale Kompromisse gelöst werden müssen. Angesichts der aktuellen Zusammensetzung der Regierung Israels und der politischen Konstellation im Land war an eine solche Regelung jedoch nicht zu denken. Und nach dem Angriff vom 7. Oktober sieht es ganz danach aus, dass die israelische Staatsführung nach Kräften darauf hinwirken wird, das Territorium des Westjordanlands zu annektieren, und dass sie zugleich versucht, den überwiegenden Teil der Bevölkerung des Gazastreifens von dort zu verdrängen, um ihn sukzessive zu besiedeln und schließlich gleichfalls zu annektieren. Unter diesen Umständen ist ein Frieden mit den arabischen Nachbarn nicht möglich.

Hinzu kommt, dass sich die Beziehungen zwischen israelischen Juden und Palästinensern schon vor der jetzigen Krise seit Jahren kontinuierlich verschlechtert hatten. Nachdem Benjamin Netanjahu Ende 2022 eine Koalitionsregierung mit den extremsten Vertretern des rechten Flügels in der israelischen Politik bildete, spitzte sich diese Entwicklung zu. Das hatte zum einen zur Folge, dass die israelischen Sicherheitskräfte die Eskalation der kriminellen Gewalt im palästinensischen Sektor des israelischen Kernlands fast völlig vernachlässigten, wodurch das Gefühl der Unsicherheit in den arabischen Gemeinden massiv zunahm. Zum anderen gingen Siedler und Armee immer häufiger gewaltsam gegen palästinensische Gemeinden im besetzten Westjordanland vor. Beide Probleme haben sich nach dem 7. Oktober noch einmal erheblich verschlimmert.

Auch innerhalb der jüdisch-israelischen Gesellschaft erreichten die Spannungen infolge der von der Regierung angestrebten »Justizreform« eine neue Dimension. Demonstranten forderten auf wöchentlichen Massenkundgebungen, die israelische Demokratie gegen das Vorhaben zu verteidigen,

das sie als Versuch der Exekutive deuteten, sich der Judikative zu bemächtigen. In einem offenen Brief vom August 2023² habe ich zusammen mit einigen Kolleginnen und Kollegen darauf hingewiesen, dass diese Initiative zur Schwächung des Obersten Gerichts vor allem darauf abzielte, die repressive Besatzungspolitik im Westjordanland leichter verschärfen zu können, um das Gebiet langfristig ethnisch zu säubern und zu annektieren. Gleichwohl waren die Demonstrierenden mehrheitlich nur um die Gefährdung ihrer eigenen Rechte als säkulare jüdische Bürger Israels besorgt und nicht bereit, die Besatzung zum Thema zu machen. Auch wenn die Kluft zwischen diesem Milieu und der zunehmenden rechtsgerichteten, religiösen Mehrheit immer tiefer wurde, stimmte die israelische Gesellschaft vor dem 7. Oktober doch weitgehend darin überein, dass sich die Palästinenserfrage ohne größere wirtschaftliche, militärische oder politische Kosten handhaben lasse, wie es Netanjahu seit Jahren behauptete. Nachdem man die palästinensische Bevölkerung hinter Sperranlagen weggeschlossen und Umgehungsstraßen gebaut hatte, war es für die meisten jüdischen Israelis umso leichter, die brutalen Realitäten der Besatzung zu ignorieren.

Wie wir in unserer Petition betont haben, lässt sich das Grunddilemma der israelischen Demokratie jedoch nur überwinden, indem man sich diesem Problem stellt. Schon seit Jahrzehnten regieren jüdische Israelis über Millionen von Palästinensern, die keinerlei demokratische Rechte haben. So entwickelte sich im Westjordanland unserer Auffassung nach eine Apartheidsordnung mit zwei ethnonationalen Gruppen, die unter zwei völlig verschiedenen Rechtssystemen leben, während der von der Hamas beherrschte Gazastreifen einer Belagerung durch Israel ausgesetzt war. Die Petition wurde von Tausenden anerkannter internationaler Wissenschaftler unterzeichnet, doch in Israel selbst hat sie wenig bewirkt.

Viele der dort ansässigen liberalen Juden sagen, sie hätten nach dem Hamas-Angriff einen »Ernüchterungsprozess« durchgemacht: Alle bisherigen Hoffnungen auf Frieden und Versöhnung hätten sich als Illusion erwiesen, und man habe einsehen müssen, dass die Palästinenser »uns schlicht alle umbringen wollen«. Die israelische Rechte ihrerseits stellte den Überfall der Hamas als definitive Bestätigung dafür hin, dass man das gesamte Gebiet annektieren und besiedeln und die palästinensische Bevölkerung ganz oder größtenteils von dort fortschaffen müsse.

Die unter Besatzung lebenden Palästinenser begrüßten den Hamas-Angriff zunächst mit einem gewissen Stolz darauf, dass ein paar Tausend leicht bewaffnete Militante die IDF gedemütigt hatten. Sie waren der Gewalt der Armee und der Siedler im Westjordanland jahrzehntelang ungeschützt ausgesetzt gewesen und hatten aus dem belagerten Gazastreifen heraus (unter der zunehmend repressiven und gewalttätigen Herrschaft des Hamas-Regimes, das 2006 demokratisch gewählt worden war, aber danach nie wieder Wahlen abgehalten hatte) in Armut und Verzweiflung zugesehen, wie die jüdischen Gemeinden auf der anderen Seite des Zauns florierten. Was die palästinensischen Bürger Israels betraf, so riskierten sie bei jeder Bekundung von Empathie für die Bevölkerung in Gaza sofortige Vergeltungsmaßnahmen, unter anderem auch den Ausschluss aus Universitäten und vergleichbaren Stätten arabisch-jüdischer Begegnung, die sich bis dahin viel darauf zugutegehalten hatten, Bastionen der Meinungsfreiheit und Integration zu sein.

Die Tragödie, die sich in Gaza entfaltet, ist inzwischen kaum noch zu ermessen. Sie hat eine Dimension erreicht, die es seit der Nakba nicht mehr gegeben hat. Und womöglich wird die neue Nakba, die sich jetzt in Gaza abspielt, langfristig noch schlimmere Auswirkungen auf die physische

und psychische Gesundheit der geschlagenen und zutiefst traumatisierten Bevölkerung dort haben, die größtenteils aus Nachkommen der Flüchtlinge von 1948 besteht. Diese humanitäre Katastrophe setzt einen gravierenden Paradigmenwechsel in Gang, dessen Folgen nicht absehbar sind.

Die Wurzeln des Konflikts reichen – wie ich in mehreren kürzlich erschienenen Essays dargelegt³ und in einigen Kapiteln dieses Buchs näher ausgeführt habe – zurück zu den Anfängen des Zionismus und der Entstehung einer palästinensischen Nationalbewegung als Reaktion auf die jüdische Besiedlung des Landes. Der Krieg von 1948 und die Nakba markieren den wichtigsten Moment in dieser Geschichte. Die israelischen Juden verbinden damit das Wiedererstehen als Nation nach dem Holocaust, die Palästinenser eine nationale Katastrophe, die auf den Sieg einer aggressiven, gut organisierten und breit unterstützten nationalen und siedlerkolonialistischen zionistischen Bewegung folgte.

Diese diametral entgegengesetzten Auffassungen der Vergangenheit sind auch von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, einen Weg aus der jetzigen Krise zu skizzieren. Zwar sind derzeit auch die liberalsten jüdischen Israelis nicht imstande, Empathie für palästinensische Opfer zu bekunden, und aufseiten der Palästinenser wird die gegen sie verübte Gewalt womöglich eine neue Generation erbarmungsloser Kämpfer hervorbringen. Aber gerade das Ausmaß der Zerstörung sollte allen vor Augen führen, dass immer mehr Gewalt nicht die Antwort sein kann.

Das heißt nicht, dass eine friedliche Lösung in Reichweite wäre. Es ist durchaus möglich, dass ein zunehmend autoritäres und gewalttätiges israelisches Regime darauf setzt, die jüdische Bevölkerung weiter zu militarisieren und die Gelegenheit zu nutzen, um das Palästinaproblem mit Feuer

und Schwert zu »lösen«. Dies wäre gleichbedeutend mit dem Ende der Demokratie in Israel und würde namenloses Leid über die Palästinenser bringen. Ein Israel, das sich zu einem voll ausgebildeten Apartheidstaat entwickelt, sich zunehmend isoliert, verarmt und von Intoleranz und Gewalt geprägt ist, würde schließlich auch die Unterstützung vieler Juden überall auf der Welt und den Beistand seiner engsten Verbündeten verlieren. Auf lange Sicht würde es vermutlich kollabieren, da es nicht imstande wäre, seine inneren Widersprüche zu bewältigen. Doch zuvor würden sowohl Juden als auch Palästinenser ein ungeheures Ausmaß an Schmerz und Leid erfahren.

Aber noch besteht die Möglichkeit, dass es zu einem Paradigmenwechsel in die andere Richtung kommt und die Einsicht siegt, dass dieser Kampf von keiner Seite zu gewinnen ist. Nachdem die Ereignisse im Nahen Osten zunehmend außer Kontrolle geraten, könnten die lokalen Akteure von internationaler und insbesondere US-amerikanischer Seite endlich unter Druck gesetzt werden, eine politische Alternative zu suchen, die den dominanten Iran isolieren, die Hamas an den Rand drängen und auf israelischer wie palästinensischer Seite der Bildung einer realistischeren, kompromissbereiteren Führung den Weg bahnen würde.

In den letzten Jahrzehnten ist der israelisch-palästinensische Konflikt überwiegend von den religiösen Fanatikern beider Lager vorangetrieben worden. Solche Eiferer gedeihen in Zeiten der Krise, Unsicherheit und Verzweiflung, und ihr Einfluss sinkt, wenn physische Sicherheit, materieller Wohlstand und Hoffnung zunehmen. Der Islam wie das Judentum können neben ihren extremistischen Strömungen auf eine lange Geschichte der Mäßigung zurückblicken, an die sich anknüpfen ließe, um die Bildung zu reformieren und die interreligiöse Versöhnung zu fördern. Aber solche Verände-

rungen setzen einen politischen und wirtschaftlichen Wandel in der Region und die Abkehr von den Radikalen auf beiden Seiten voraus, die sich derzeit im Namen utopischer Pläne, durch Ströme von Blut genährt, wechselseitig in ihrer Raserei bestärken.

Dieser Wandel wird nur möglich sein, wenn die israelischen Juden wie die Palästinenser dem ungeheuren Blutvergießen und der Zerstörung ins Auge sehen, die ihr gescheitertes Führungspersonal über ihre Gesellschaften gebracht hat. Sie müssen einen weiteren Ernüchterungsprozess durchlaufen; diesmal, um ihre Abhängigkeit von der Gewalt zu besiegen. Wie die Deutschen sehr gut wissen, wäre dies nicht das erste Mal in der Geschichte, dass Nationen, die von einem fanatischen Willen zur Herrschaft und Rache erfasst wurden, mit den Trümmerbergen fertigwerden mussten, die sie und ihre Feinde angehäuft hatten; dass sie gezwungen waren, die Grenzen ihrer Macht zu akzeptieren, und lernten, die Segnungen des Friedens zu erkennen. Widerstrebend mussten sie einräumen, dass Frieden süßer schmeckt als Sieg, dass sich Stärke überzeugender in Lossagung und Versöhnung bekundet als in Unterwerfung und Unterdrückung und dass die Hoffnung für die Zukunft der eigenen Kinder tiefer empfunden wurde und dauerhafter war als Märtyrertum im Namen des einen oder anderen Gottes. Auch eine solche Wendung der Ereignisse ist denkbar, wenn wir versuchen, sie uns vorzustellen. Sie wäre ein Ziel, auf das hinarbeiten sich lohnt.

Dass der Jüdische Verlag beschlossen hat, eine deutsche Ausgabe dieses Buchs herauszubringen, freut mich sehr. Mein besonderer Dank gilt meiner Lektorin Katharina Raabe für ihr waches Interesse und Anselm Bühling für die sorgfältige Übersetzung.

Einleitung

In den letzten beiden Jahrzehnten hat es eine Reihe vielbeachteter akademischer Debatten zu den Themen Genozid, Holocaust und der Beziehung zwischen beiden gegeben. Diese Diskussionen haben zwangsläufig und in zunehmendem Maß auch den Fall Israel-Palästina berührt. Zudem wurde unter anderem über die Erinnerungspolitik in Deutschland und über die Frage debattiert, inwieweit Genozid und Holocaust als Paradigmen für das Verstehen internationaler Konflikte taugen. Einige Beiträge hatten sehr theoretischen Charakter und wandten sich ausschließlich an ein Fachpublikum. Es gab aber auch emotionaler und polemischer angelegte Stellungnahmen, die die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zogen und ein breiteres Medienecho fanden.

Dies war etwa bei der sogenannten Katechismusdebatte der Fall, die 2021 durch einen Beitrag des Genozidforschers A. Dirk Moses angestoßen wurde: Die intellektuelle und wissenschaftliche Elite in Deutschland – so sein Argument – habe einen Erinnerungskult um den Holocaust aufgebaut, der es unmöglich mache, offen und kritisch über Israels Unterdrückungspolitik gegen die Palästinenser zu diskutieren. Die Auseinandersetzung um diesen »Katechismus der Deutschen« hat wohl kaum – wie von Moses und einigen seiner Mitstreiter offenbar beabsichtigt – die Dimension des deutschen Historikerstreits der 1980er Jahre über die Singularität des Holocaust erreicht. Die These, dass eine zu starke Fokussierung auf die »Endlösung« sich schädlich auswirke, hat durch sie jedoch zweifellos neuen Auftrieb erhalten. Wo einst deutsche Konservative erklärt hatten, der Holocaust werde als »Moralkeule« gegen Deutschland eingesetzt, behaupteten nun die neuen Gegner des »Katechismus der Deutschen«, die zwanghafte und eigennützige Konzentration auf das